

Landesparteitag mit Leitantrag

27. - 28. Februar 2010 in Neumünster

Der 3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE schleswig-Holstein in Neumünster war am ersten Tag geprägt von der Debatte um den Leitantrag und dem tiefen Eindruck, den die Gedenkaktion der Bundestagsfraktion auf die Delegierten gemacht hat. Raju Sharma, Mitglied des Bundestages (MdB) für die Linken.SH, machte in einer bewegenden Rede deutlich, warum den Opfern des Kundus-Einsatzes auf diese Weise gedacht wurde und betonte noch einmal des NEIN der LINKEN zum Afghanistan-Krieg.

Nachdem Nazi-Deutschland die WELT mit Massenmord und Krieg überzogen hat, haben deutsche Soldaten wieder Schuld auf sich geladen und unschuldige Menschen getötet. Die Delegierten erhoben sich spontan zu einer Schweigeminute. Als Vertreter des Parteivorstandes umriss Jan Korte, in seiner Rede die Bundespolitik und die anstehenden Aufgaben bei der Weiterentwicklung der LINKEN. Dabei ging er auch auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der LINKEN in Ost und West ein und unterstrich dabei, dass es in 95% der aktuellen Politikfelder große Einigkeit in Partei und Fraktion gebe. Ausdrücklich plädierte Jan Korte dafür, eine umfangreiche und solidarische Programmdebatte zu führen.

Der Leitantrag für Die LINKE.Schleswig-Holstein als Teil der gesellschaftlichen Opposition, wurde mit einigen Änderungen mit großer Mehrheit beschlossen. In wesentlichen Punkten bestand eine überwältigende Übereinstimmung. Kritisiert wurde von einigen Delegierten aus Lübeck der aus ihrer praktischen Erfahrung zu enge Begriff der „Opposition“: „Wir in Lübeck sind keine reine Oppositionskraft, weil wir gestaltend mitwirken“, sagte Ragnar Lüttke. Diesem Einwand trugen die Delegierten Rechnung und ersetzten im letzten Absatz „Opposition“ durch „politische Kraft“.



Heiße Debatte um den „Leitantrag“! Von links: Klaus-Dieter Brüggemann, Björn Radke, Asja Huberty

Den zweiten Tag eröffnete Sabine Wils, Leiterin der Delegation der LINKEN im EU-Parlament. Sie berichtete davon, dass gemeinsam mit der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen der Küstländer für den Herbst dieses Jahres eine Maritime Konferenz geplant ist. Angepeilter Termin ist der 13. November 2010 in Wismar. Kein Zweifel, dass hierbei auch die Werften im Fokus stehen. Der Bau umweltgerechter, zukunftsorientierter Schiffe ist die Frage der Zukunft der norddeutschen Schiffbauindustrie. Wir können nicht damit einverstanden sein, dass bei HDW-Kiel perspektivisch nur sogenannte „graue Schiffe“ gebaut werden.

Steffen Bockhahn, Landesvorsitzender DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, verwies in seinem Grußwort beispielhaft für länderübergreifende Themen auf die Werftenkrise und die Auseinandersetzung um

die Fehmarn-Belt-Querung. „Wir wollen uns gegenseitig besser kennenlernen“, betonte Bockhahn am Sonntagmorgen. „Lasst uns dazu an den Themen arbeiten, die uns alle betreffen, gemeinsam arbeiten und uns gegenseitig mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

In diesem Zusammenhang bedankte er sich für die Initiative des Landesvorstandes

In dieser Ausgabe:

- Seite 1-3: Landesparteitag, Leitantrag; Regierungsbeteiligung
- Seite 4-5: Bundesparteitag in Rostock, Auszüge Rede von Gysi
- Seite 6-7: Protest gegen Sparprogramm der Landesregierung
- Seite 8: Menschenkette gegen Atomprogramm
- Seite 9: Gegen Streichung der Hilfen für Behinderte; Heimkinder fordern Hilfe
- Seite 10: Hände weg vom Sparkassengesetz!
- Seite 11: Flughafen Lübeck - Fazit
- Seite 12: Kulturfahrplan Eckernförde
- Seite 13: Besuch im KZ Ahrensböök
- Seite 14: Keine Abschiebung ins Kosovo
- Seite 15: Nazis in Plön nicht zu Wort gekommen; Sexuelle Identität ins Grundgesetz!
- Seite 16: Erfolgreiches Seminar für neue Mitglieder

des zu einem gemeinsamen Treffen als Beginn einer stärkeren inhaltlichen Zusammenarbeit beider Landesverbände am 19./20. März...

Die designierte Doppelspitze für die Bundesgeschäftsführung, Caren Lay und Werner Dreibus, hoben in ihren Redebeiträgen ihre Bereitschaft zu intensiver kooperativer Zusammenarbeit hervor. Die vor ihnen liegenden Aufgaben seien von zwei BundesgeschäftsführerInnen wesentlich besser zu schultern, als von einem. "Wir sind überzeugt davon, dass uns die Gesundheitskampagne und die

Programmdebatte politisch und inhaltlich einen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass den weit überwiegenden Gemeinsamkeiten innerhalb unserer Partei endlich auch der Vorrang vor den Differenzen eingeräumt wird. Und die Differenzen, die bleiben, werden wir sachlich, offen und respektvoll diskutieren", sagten Lay und Dreibus im Anschluss an ihre Reden. - Mitgliederinfo 30, 3.3.10,

Der Leitantrag ist zu finden unter:

http://www.linke-sh.de/partei/parteita-ge/3_landesparteitag/leitantrag/

Regierungsbeteiligung? Nein Danke!

Beitrag eines unzufriedenen Basismitglieds. Von Simon Hanl

Die Negierer haben in der Welt oft mehr erreicht als die so genannten positiven Arbeiter. Scharfe Kritik, scharfe Opposition fällt alle Zeit auf fruchtbaren Boden, wenn sie berechtigt ist, und unsere ist gewiss berechtigt." - August Bebel

"An der Regierung können wir richtig Politik machen, da können wir endlich was verändern", "Endlich können wir Verantwortung übernehmen" oder "Endlich können wir zeigen, was wir können", so oder so ähnliches vernimmt man oft von Genossinnen und Genossen in unserer Partei. Man ist scheinbar froh in der bürgerlichen Gesellschaft angekommen zu sein, froh kein ‚Schmuddelkind‘ mehr zu sein, mit dem keine andere Partei spielen will.

Froh den bürgerlichen Philistern durch "Realpolitik" zu beweisen, dass das linke Programm umsetzbar ist und eine Besserung für "die Menschen" bringt. So klingt es doch auch irgendwie besser,,

... wenn die LINKE nicht "Opposition", sondern "politische Kraft" ist.

Kreisfürst Ragna Lüdtker und "seine Lübecker" sind stolz, dass sie den Haushalt in Lübeck mitbeschließen durften und das sei ja nun mal keine Opposition mehr. So wurde durch den Beschluss des Landesparteitags also "Opposition" aus dem Leitantrag entfernt, sodass es schließlich heißt: „DIE LINKE ist die Alternative zur Politik aller anderen Parteien in Schleswig-Holstein. Sie kann im Zusammenhang der von allen anderen Parteien, von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb, verantworteten desaströsen Haushaltslage, der Fi-

nanz- und Wirtschaftskrise und der aktuellen Politik im Landtag und in den Kommunalparlamenten die politische Kraft sein, die die Interessen der lohnabhängigen Menschen konsequent vertritt und ihnen glaubwürdige, konkrete Veränderungsperspektiven in Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigt." Bravo!

Die LINKE in Brandenburg...

hat sich auch dazu entschlossen mal mitzuspielen. Bundesvorstandsmitglied Thies Gleiss charakterisiert in seiner Streitschrift „Ein bisschen radikaler werden- die Menschen erwarten dies von uns“ den Brandenburger Koalitionsvertrag treffend mit einem Zitat von Rainald Grebe: „In Brandenburg, in Brandenburg, ist wieder jemand gegen einen Baum gekurkt.“ Mehr ist zum Brandenburger Trauerspiel eigentlich nicht zu sagen.

Die Brandenburger Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU Johanna Wanka lobt: „Es ist bis auf ein paar symbolische Kleinigkeiten eher der Versuch, die bisherige erfolgreiche Politik, die in der Wirtschaft oder der Wissenschaft die Handschrift der CDU trägt, fortzusetzen.“ Großartig, Genossinnen und Genossen! Sogar ein Lob von der CDU, besser geht's doch gar nicht! Endlich angekommen und anerkannt von den anderen – das ist ja die Hauptsache – und zudem erreichen wir ja richtig was und wenn's auch nur "symbolische Kleinigkeiten" sind.

Leider ist Brandenburg kein Einzelfall, überall streben starke Teile der LINKEN Richtung Regierungsbeteiligung (auch auf Bundesebene) und geben sich be-

wusst oder unbewusst der Illusion hin, dadurch etwas verändern zu können. Höchste Zeit also diese Illusionen zu zerstören!

Ein Blick nach Italien...

sollte uns eine Lehre sein, dort gab es bis vor kurzem eine starke Kommunistische Partei, die Rifondazione Comunista, den PRC. Im Jahre 2006 beteiligte sie sich an der Mitte- Links- Regierung unter Romano Prodi. Die PRC, die für klare Inhalte stand (Gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalter, gegen die Beteiligung an NATO- Kriegen, für höhere Löhne), hat ihr Programm verraten, weil sie den kapitalistischen Sachzwängen und dem ungemein größeren rechten Block der Regierung unterlag. So wurden in den zwei Jahren der Regierung Prodi die Löhne weiter gesenkt, das Renteneintrittsalter wurde heraufgesetzt und die Ausgaben für Auslandseinsätze im Libanon und in Afghanistan erhöht. "Da kann man ja gleich Berlusconi wählen", dachten sich die Italienerinnen und Italiener und taten es, die PRC wurde zu Recht aus dem Parlament gejagt (das Wahlbündnis der PRC erreichte bloß 3,2 %).

August Bebel sprach 1910 auf dem Parteitag der SPD Worte, deren Aktualität fast verwundert: „Wenn ich als Sozialdemokrat in ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien eintrete, so ist tausend gegen eins zu wetten, dass nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind. Es ist ein politisches Gesetz, dass überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt. [...] Wenn ich in ein politisches Freundschaftsverhältnis mit einer mir grundsätzlich gegnerischen Partei trete, dann muss ich notwendigerweise meine Taktik, das heißt meine Kampfweise, darauf einrichten, damit das Bündnis nicht breche. Ich darf also nicht mehr darauf los kritisieren, ich darf nicht mehr grundsätzlich kämpfen, denn damit verletze ich meine Bundesgenossen, ich bin gezwungen, zu schweigen, über manches den Mantel der Liebe zu decken, manches zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen lässt, zu vertuschen, was nicht vertuscht werden darf. [...]"

Man möge jetzt einwenden, dass die SPD für die LINKE ja keine ‚grundsätzlich gegnerische Partei‘ ist (meiner Ansicht nach ist sie das schon), so trifft es



Die weiblichen Kandidatinnen für die Liste der Delegierten zum Bundesparteitag. Von links: Andrea Kunz, Seyran Papo, Gerda Münch, Ruken Aslan, Ayse Fehimli, Meike Lüdemann und Heidi Beutin

trotzdem zu, dass in einem Bündnis mit der SPD stets die LINKE das Nachsehen hat und ihre Forderungen aufweichen und aufgeben muss, damit "das Bündnis nicht breche". Somit gibt die LINKE die wichtige Kritik an der SPD und den grundsätzlichen Kampf auf, um mit der SPD ins Bett zu steigen und über so manches wird – wie Bebel es so schön ausdrückt – "der Mantel der Liebe" gedeckt.

Rosa Luxemburg stellte 1899 im Aufsatz „Eine taktische Frage“ den Unterschied zwischen dem Mitwirken an einer Regierung, der Exekutive, und dem Mitwirken im bürgerlichen Parlament, der Legislative, heraus:

“In dieser Beziehung besteht aber zwischen den gesetzgebenden Körpern und der Regierung eines bürgerlichen Staates ein wesentlicher Unterschied. In den Parlamenten können die Arbeitervertreter, wo sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen können, sie doch wenigstens in der Weise vertreten, daß sie in oppositioneller Stellung verharren. Die Regierung hingegen, die die Ausführung der Gesetze, die Aktion zur Aufgabe hat, hat keinen Raum in ihrem Rahmen für eine prinzipielle Opposition, sie muß in allen ihren Gliedern und stets handeln, sie muß deshalb [...] doch stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort, den Boden des bürgerlichen Staates. Der äußerste Vertreter des bür-

gerlichen Radikalismus kann im großen und ganzen mit dem rückständigsten Konservativen Seite an Seite regieren. Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d.h., tatsächlich kein aktives Mitglied der Regierung zu sein – ein augenscheinlich unhaltbarer Zustand, der zur Entfernung des sozialistischen Mitgliedes aus der Regierung führen müßte – oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmaschine in jedem Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d.h., tatsächlich kein Sozialist, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein.“

In der Regierung ist also kein Platz für Opposition. Nicht nur einzelne Landesverbände der LINKEN, sondern die gesamte Partei steht vor der Alternative: Regierungsbeteiligung und damit Verteidigung des Bestehenden, was Mitverwaltung des kapitalistischen Elends bedeutet, oder grundlegende Opposition und damit Kampf für eine prinzipielle Umwälzung des Bestehenden, was den Kampf um den Sozialismus bedeutet. Wenn die LINKE eine Partei sein soll, die die Überwindung des Kapitalismus zum Ziel hat, darf sie sich nicht an bürgerlichen Regierungen mit der SPD oder den Grünen beteiligen!

Für eine starke, sozialistische Oppositionspartei!

Wahlen

Zwei Delegierte

zum Bundesausschuß

Silke Mahrt: 63 Stimmen, als Delegierte
Rainer Konrad: 83 Stimmen, als Delegierter
Daniel Dockerill: 69 Stimmen als Stellvertreter

Zehn Delegierte

zum Bundesparteitag

Als (weibliche) Delegierte

1. Andrea Kunz: 48
 1. Meike Lüdemann: 48
 3. Seyran Papo: 46
 4. Ayse Fehimli: 44
 5. Gerda Münch: 41
- Stellvertretende Delegierte: Heidi Beutin: 37

Als (männliche) Delegierte

1. Florian Jansen 41
2. Klaus-Dieter Brüggmann 33
3. Stefan Karstens 33
4. Martin Schmielau 27
5. Bernd Friedrich 26

Nachwahl

zur Landesschiedskommission

Annett Kasten 67
Hildegard Sedaghati Hagh 72
Hans-Ewald Mertens 60

Wahl der Landesfinanzrevisionskommission

Yavuz Berrakkarasu 61
Bernd Kunert 72
Wolfgang Männich 68

Nachwahl zweier weiblicher Mitgliedern des Landesvorstandes

Es standfen keine keine Kandidatinnen zur Verfügung.

Zum Rostocker Parteitag:

Blick zurück nach vorn!



Von links:
Lothar Bisky
Klaus Ernst
Gesine Löttsch
Gregor Gysi
Oskar Lafontaine

Raju Sharma aus dem Landesverband SH wurde von den Delegierten zum Bundesschatzmeister gewählt.

Liebe Freundinnen und Freunde, Lothar und ich, wir geben heute den Stab weiter. Ich glaube, wir können zufrieden sein, dass wir mit euch allen Vieles erreicht haben. Und jetzt liegt es wiederum an euch allen und allen unseren Mitgliedern, dass wir diesen Weg unbeirrbar weitergehen. Er war erfolgreich und eine erfolgreiche Strategie wechselt man niemals aus. Wir werden weiterhin die Partei sein, die für Frieden und soziale Gerechtigkeit und für Demokratie steht.“ Mit diesen Worten verabschiedete sich der (ehemalige) Parteivorsitzende Oskar Lafontaine von den Delegierten und den Mitgliedern der Partei.

Mit „standing Ovationen“ begleiteten die Delegierten den Vorgang des Abschieds von einer wichtigen Epoche der Parteibildung der politischen Linken in Deutschland. DIE LINKE ist aus der politischen Landschaft der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken. „Wir sind die erfolgreichste Parteiengründung in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg. Wir sind mittlerweile in 13 Landtagen wie die Grünen vertreten.“

Ohne Lothar Bisky und Gregor Gysi im Osten und Oskar Lafontaine im Westen wäre dieses erfolgreiche Projekt einer gesamtdeutschen Linken nicht über das hinausgekommen, was im Jahre 2005 stand: Eine krisengeschüttelte PDS im Osten und eine neue, unverbrauchte WASG im Westen. Beide Parteien mussten mehr von diesen Führungspersönlichkeiten „zu ihrem Glück gezwungen“

werden, als dass dieser Schritt der Vereinigung zur Partei DIE LINKE ein Akt der politischen Überzeugung in weiten Teilen gewesen ist.

Noch heute ist der Vereinigungsprozess nicht abgeschlossen, aber der Wille ist erkennbar. Nicht umsonst hat der Mitgliederentscheid eine so hohe Zustimmung gefunden, und das vorgeschlagene Personaltableau um Gesine Löttsch und Klaus Ernst mit einer stabilen Mehrheit gewählt. Um es im Bild eines populären Mannschaftssports zu sagen: Wenn man keinen Netzer mehr hat, dann muss es eben die gesamte Mannschaft machen.

Und zu dieser Mannschaft zählt auch einer aus unserem Landesverband. Raju Sharma (MdB) ist mit 82 Prozent zum Bundesschatzmeister gewählt worden – Herzlichen Glückwunsch!

In seiner Abschiedsrede hat Oskar Lafontaine noch einmal die Herausforderung benannt, vor der DIE LINKE steht: „Die Parlamente und die Regierungen sind nur noch Marionettenparlamente und Marionettenregierungen, die den Finanzmärkten hinterher hecheln und Riesensummen beschließen, ohne zu wissen, was sie eigentlich machen.“

Wir haben es in der Hand, die modernen Antworten auf die Finanzkrise und auf die Weltwirtschaftskrise zu geben und konkret zu formulieren, wie eine andere Gesellschaft aussehen könnte. Wie rief Oskar Lafontaine: „Wir sind die Einzigen!“

Lasst uns daran arbeiten:
Wir können es schaffen!!

DIE LINKE. SH. - www.linke-sh.de

Danke schön!

von Raju Sharma

„Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

beim Bundesparteitag der LINKEN in Rostock wurde ich zum neuen Schatzmeister unserer Partei gewählt. Das ist ein schöner Erfolg - auch für den schleswig-holsteinischen Landesverband, der damit erstmals im geschäftsführenden Parteivorstand vertreten sein wird. Mit über 82 % Zustimmung haben die Parteitagsdelegierten mir einen großen Vertrauensvorschluss mitgegeben. Darüber habe ich mich sehr gefreut, und ich möchte mich auch auf diesem Wege herzlich bei den Mitgliedern unseres Landesverbandes bedanken, die mich unterstützt haben.

Dass vielleicht nicht alle Delegierten aus Schleswig-Holstein für mich gestimmt haben, ist als Ausdruck eines freien Mandats für mich völlig in Ordnung. Traurig finde ich allerdings, dass Vertreter unseres Landesverbandes versucht haben, mich vor der Wahl mit unzutreffenden und rufschädigen Behauptungen zu beschädigen. So wie mein Kreissprecher Stefan Karstens, der bei der Delegiertenbesprechung des Jugendverbandes [solid] verbreitet hat, ich würde meine Mandatsträgerabgaben nicht ordnungsgemäß abführen.

Dies ist nachweislich falsch. Wie (fast) alle Bundestagsabgeordneten, zahle auch ich (neben meinen Mitgliedsbeiträgen) monatlich über 1000 Euro an den Parteivorstand. Darüber hinaus unterstütze ich diverse Vereine und Verbände, die z.T. auf meiner Homepage namentlich aufgeführt sind, in Höhe von monatlich rund 400 Euro. Und gemeinsam mit Conni Möhring habe ich eine schriftliche Vereinbarung mit dem Landesvorstand getroffen, in der wir uns über Form und Inhalte unserer Zusammenarbeit, aber auch über die finanzielle Unterstützung von Projekten des Landesverbandes verständigt haben...

Der Landesvorstand hat nun... mit den beiden Bundestagsabgeordneten des Landesverbandes eine neue (und nunmehr rechtlich einwandfreie) Vereinbarung geschlossen... Dass nun ausgerechnet diejenigen, durch deren Verhalten die Partei beinahe massiv geschädigt worden wäre, diese Fakten ignorieren und Genossen aus dem eigenen Verband weiterhin denunzieren, wirft kein gutes Licht auf die politische Streitkultur in unserem Verband.

... indem wir uns alle verändern!

Rede von Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag in Auszügen

...”Vor drei Jahren haben wir uns gegründet – 2007 als LINKE Partei. Wir sind im Vereinigungsprozess. Ich höre gerne Sätze, und die geben immer viel Beifall, wenn man sagt, das spielt für mich – Ost und West – keine Rolle. Aber es spielt eben leider doch eine Rolle. Wir sind noch im Vereinigungsprozess. Wir müssen ihn gestalten. Wir müssen ihn bewusst gestalten. Ich bin sehr froh, dass wir zwei Parteibildungsbeauftragte haben, aber auch natürlich die gesamte Führung, die daran arbeiten muss, und zwar sehr konkret. Wir müssen sehen, es gibt einfach Unterschiede. Diese Unterschiede führen zu Schwierigkeiten im Umgang. Ich sage es nur stichwortartig: Wir sind im Osten eine Volkspartei, im Westen selbstverständlich nicht oder noch nicht. Im Westen sind wir eine Interessenpartei. Das zieht aber unterschiedliches politisches Agieren nach sich. Und jetzt möchte ich nicht, dass die einen mir immer erzählen, was die anderen alles falsch machen, und die anderen mir erzählen, was die einen alles falsch machen. Vielleicht hören wir mal einander zu, lernen voneinander und begreifen eines: Die neue LINKE, unsere Partei, kann nicht mehr die PDS sein und kann nicht mehr die WASG sein. Wir müssen etwas Neues sein wollen, indem wir uns alle verändern!...

...Aber natürlich wird man dabei auch das eine und andere Gewohnte und Liebgewordene los. Und die Unterschiede sind doch nicht nur Volkspartei und Interessenpartei. Ich sage es noch mal: Wenn man zum Beispiel wie ich aus der SED kam und den Weg über die PDS etc. gegangen ist, dann wurde ich plötzlich ausgegrenzt. Ich meine, die früheren Blockfreunde haben kaum noch mit uns geredet. Früher haben sie mit der Partei koalitiert. Plötzlich wollten sie alle nichts mehr von uns wissen. Das war mir ein fremder Vorgang. Also fing ich natürlich an, mit anderen zusammen um Akzeptanz zu kämpfen. Wenn ich jetzt im Westen gelebt hätte und ich hätte mich entschieden, mich links von der SPD zu organisieren, hätte ich doch gewusst, dass ich an den Rand der Gesellschaft trete. Das wäre nicht über mich gekommen. Das wäre meine Entscheidung gewesen. Und schon daraus resultieren politische und psychologische Unterschiede.

...Nun, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir **Strömungen**. Viele beschäftigen sich damit – außerhalb unserer Partei und auch innerhalb. Was ist denn eine Strömung? Warum organisiert sich denn eine Strömung? Einer Strömung geht es um ein bestimmtes Politikverständnis, das sie in der Partei etablieren will. Sie organisiert sich deshalb, weil sie weiß, dass sie noch nicht mehrheitsfähig ist. Denn wenn das sowieso schon die Mehrheitsmeinung der Partei ist, dann muss ich mich ja nicht mehr organisieren. Also organisiert man sich, um Schritt für Schritt eine Mehrheit in der Partei von etwas zu überzeugen. Der Wert der Strömungen besteht darin, dass sie zu Präzisierungen von politisch-programmatischen Aspekten und neuen Ideen beitragen. Die Gefahr besteht darin, dass der Konflikt zwischen Strömungen so eskaliert, bis dieser Konflikt zur Gefahr für das Ganze wird...

Ich habe das ja schon einmal erzählt. Es hat mich aber schockiert, dass mir jemand aus einer Strömung erzählte, dass er auf seinem Landesparteitag das gar nicht zugeben darf, dass er sich da organisiert hat, weil er dann chancenlos ist... Liebe Genos-

sinnen und Genossen, wo leben wir denn hier eigentlich. Wir brauchen doch den **ehrlichen Umgang** miteinander. Das darf uns doch nicht voneinander abhalten. Ganz im Gegenteil... Lasst uns doch einfach gemeinsam lernen, die Verschiedenheit zu nutzen, um unsere Partei interessanter und produktiver zu machen...

... Die Strömungen sind zwar Minderheiten, drohen aber, das Parteileben und das äußere Erscheinungsbild zu dominieren. Ein **Zentrum** muss endlich der großen Mehrheit der Nichtströmenden zu ihrem Recht in unserer Partei verhelfen. Das wird höchste Zeit! Das heißt, die Mehrheit der Partei muss zu ihrem Recht kommen ...

Die moderne Linke ist aus dem Grundwiderspruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entstanden, der darin besteht, dass der **Gleichheit** aller vor dem Gesetz, der formalen Gleichheit aller als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger die extreme **soziale Ungleichheit** gegenübergestellt wurde und gegenübersteht. Diese soziale Ungleichheit ist nicht nur ungerecht, sie stellt auch die Gleichheit aller als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger täglich infrage und beeinträchtigt sie. Ich nenne euch nur (vier) Beispiele: Wenn du Hartz-IV-Empfängerin bist oder Ackermann bist und du hast einen Zivilprozess, stehst du vor ungeheuren Unterschieden. Der eine kann sich Topanwälte leisten, und die andere hat dazu überhaupt keine Chance. Und wenn du dann durchschnittlich verdienst und du führst einen Prozess, können Gerichtskosten entstehen, die du gar nicht begleichen kannst, dann bist du raus aus der Gleichstellung vor dem Gesetz. Das muss zum Beispiel DIE LINKE genauso kritisieren und bekämpfen...

Aber, damit ich nicht falsch verstanden werde, ich weiß, dass inzwischen vieles dazugekommen ist, dass man sich nicht mehr allein an dieser Frage definieren kann. Es geht auch um die Friedensfrage, um die Gleichstellung der Geschlechter, um die Gleichstellung der Nationalitäten, um die ökologische Nachhaltigkeit. Es sind viele Themen dazugekommen. Das ist alles wahr. Aber der Ursprung der Linken ist nichts anderes als die soziale Frage gewesen. Und wenn wir die soziale Frage verlassen, hören wir auf, links zu sein. Das muss jede und jedem bei uns klar sein.

Dann kommen wir zu unserem strategischen Dilemma der **Regierungsbeteiligung**... Jetzt sage ich euch, es gibt doch in Wirklichkeit zwei Formen des **Opportunismus**. Die eine Form besteht darin, dass ich sage, ich gebe alles auf, Hauptsache ich sitze in der Regierung. Das andere ist mir Wurst. Ich schmeiße die drei Prinzipien über Bord und mache das Gegenteil von dem, was ich im Wahlkampf verkündet habe. Das ist für mich glatter Opportunismus... Das müssen wir, wenn es passiert, auch kritisieren. Aber ich sage euch auch, der andere Opportunismus besteht natürlich darin, zu sagen, ich mache die Latte so hoch, damit ich es immer verhindere, damit ich in Reinheit verbleibe. Das ist deshalb opportunistisch, weil es bedeutete, dass wir Chancen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen nicht nutzen.

Dazu haben wir kein Recht...

Schleswig-Holstein – Schwarzgelber Vorreiter einer perspektivlosen Rotstiftpolitik

von Björn Radke, Landessprecher der LINKEN.SH

"Schleswig-Holstein ist auf dem Weg – Handlungsfähigkeit erhalten – Zukunftschancen ermöglichen". So betitelt die schwarz-gelbe "Haushaltsstrukturkommission" ihre "Empfehlungen zur Konsolidierung der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein". Im Klartext: "Es ist das erste Mal in der Geschichte unseres Landes, dass eine Regierung so tiefgreifende Einschnitte plant", rühmt sich Ministerpräsident Carstensen seiner bundesweiten Vorreiterrolle.



Tatsächlich besteht die "Konsolidierung" aus Streichungen, Kürzungen, Begrenzungen und Übertragungen. Die Klärung der Zukunftschancen hat die schwarz-gelbe Kürzungskommission völlig aus dem Auge verloren. Es regiert in historisch einmaliger Härte der Rotstift:

- "Die regelmäßigen Steuereinnahmen werden zunächst jährlich um 2,5 Prozent gesteigert." Wie das gewährleistet sein soll bleibt zweifelhaft. Schon die Prognosen für 2010 musste die Landesregierung korrigieren: "Die Ausgangsbasis der Steuereinnahmen 2010 wird für die Berechnung der künftigen regelmäßigen Steuereinnahmen wegen der erfolgten Steuerrechtsänderungen um rund 400 Millionen Euro abgesenkt."

- "Das strukturelle Defizit Ende 2010 wird vorläufig auf 1,25 Milliarden Euro festgelegt. Dieser maximal zulässige strukturelle Fehlbetrag wird planmäßig auf 1,0 Milliarden Euro in 2012 reduziert."

- Das Budget für Zuwendungen wird von rund 3,4 Milliarden Euro in 2010 auf rund 3,1 Milliarden Euro in 2012 abgesenkt. Rund 300 Mio Euro werden damit an staatlicher Förderung aus dem gesellschaftlichen Raum abgezogen. Die Frage nach der Lebensqualität und den unverzichtbaren öffentlichen Leistungen für die BürgerInnen wird nicht mehr gestellt und konsequent wird auch die Frage nach einer angemessenen Finanzausstattung verdrängt.

- "Im Budget für Personal und Verwaltung ist berücksichtigt, dass bis 2020 etwa 10% (5.300) der derzeitigen Personalstellen reduziert werden. Der Stellenabbau ist aufgrund des demographischen Wandels sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen gestaltbar. Trotzdem wird das Budget für Personal und Verwaltung aufgrund steigender Tarife und Beihilfeaufwendungen sowie der wachsenden Zahl von Versorgungsempfängern nicht abgesenkt werden können. Hier gilt es, den Anstieg deutlich zu begrenzen." (aus: "Empfehlungen") So werden die Altersgrenze für den Bezug von Ministerpensionen vom 55. auf das 62. Lebensjahr steigen, Zuschüsse für die Fraktionen sinken und künftige Staatssekretäre, Rechnungshofpräsidenten und Landtagsdirektoren weniger verdienen. Polizisten müssen bis 62 (statt 60) arbeiten.

Auf diesem Wege 5.300 Stellen abzubauen, wird noch heftige Auseinandersetzungen nach sich ziehen: Nicht nur, dass die Betroffenen selbst sich nicht kostenlos abspesen lassen, das Ausdünnen des öffentlichen Bereiches trägt zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitsbelastung der Beschäftigten und zu einer Verschlechterung der Grundversorgung der Bevölkerung bei.

"Das Budget für Zuweisungen wird reduziert. Das Land wird sich konsequent von Aufgaben trennen oder sie an die Kommunen oder Dritte übertragen. Investitionen kommen genauso

auf den Prüfstand, wie die Ko-Finanzierungen von Bundes- und EU-Programmen." (aus: "Empfehlungen") Konkret bedeutet dies: Die Zuwendungen an die verschiedensten Empfänger werden um rund 300 Mio. Euro gesenkt, darunter:

Das Sparmarathon

- Das gerade erst eingeführte dritte beitragsfreie Kita-Jahr wird gestrichen. Das spart 35 Mio. Euro. Für den Kita-Betrieb gibt es aber einen Zuschlag von 10 auf 70 Mio. Euro. Für viele Eltern werden Kitas zu einem Luxusgut, das sie sich für ihre Kinder aus finanziellen Gründen nicht mehr leisten können.

- Die Uni Flensburg soll Studiengänge (Lehrerausbildung) verlieren.

- Das Schleswig-Holstein Musik Festival bekommt weniger Zuschüsse, die JazzBaltica wohl gar keine mehr. Alle kulturellen Einrichtungen werden keine weiteren Zuschüsse erhalten. Von einer gesteuerten Kulturpolitik kann keine Rede mehr sein.

- Kosten für die Schülerbeförderung übernimmt das Land nicht mehr und spart so sieben Millionen Euro. Sozial schwache Familien sind in einem Flächenland auf die finanzielle Unterstützung besonders angewiesen, sie sind wieder einmal die von der Streichung besonders Betroffenen.

- Das Universitätsklinikum in Kiel und Lübeck soll privatisiert und das Medizinstudium in Lübeck beendet werden. Dagegen haben Beschäftigte des Uniklinikums Schleswig-Holstein in Kiel und Lübeck protestiert. Sie fürchten Personalabbau, Gehaltseinbußen und werfen der Koalition Wortbruch vor. Sie haben schon länger durch Lohnverzicht eine angeordnete Privatisierung hinausschieben können. Die Koalition meint einen Investitionsstau von knapp einer Milliarde Euro beim mit rund 11.000 MitarbeiterInnen größten Arbeitgeber im Norden durch private Kapitaleigner auflösen zu können. Dass die Landesregierung damit den Anspruch auf Steuerung im Bereich der Gesundheitspolitik preisgibt, werden die Beschäftigten und die PatientInnen auszubaden haben.

- Landeseigene Häfen sollen kommunalisiert oder privatisiert werden.

- Die Bewohner in der Nähe von Nord- und Ostsee sollen eine Abgabe für den Küstenschutz zahlen.

- Das Landeskulturzentrum Salzhau will man verkaufen.

- Die einzelbetriebliche Förderung wird weitgehend eingestellt. Die für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung stehenden Mittel werden vorrangig auf Infrastrukturmaßnahmen konzentriert. Allerdings wird das zentrale Wirtschaftsförderprogramm des Landes nicht von Einsparungen ausgenommen.



Kita-Protest vor dem Kieler Landeshaus

Über 700 Eltern und Erzieher haben am Mittwoch-Vormittag, dem 19.5.10 (siehe Foto) - vor dem Kieler Landeshaus mit ihren Kindern gegen Mittelkürzungen zulasten der Kinderbetreuung protestiert, Motto: "Kürzt den Kindern nicht die Zukunft!"

Zu diesem Anlass hatte unsere Fraktion im Landtag eine Aktuelle Stunde beantragt und sich hinter die Forderungen des Aktionsbündnisses gestellt: Zu den Protesten aufgerufen hatten Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und weitere Organisatoren. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) nahm unter ohrenbetäubenden Buhrufen und Pfiffen rund 30.000 Protest-Postkarten entgegen. Der Regierungschef verteidigte die geplanten Kürzungen.

Die LINKE fordert von der Landesregierung deutlich höhere Investitionen in der Kinderbetreuung. Anlass sind die landesweiten Auftaktveranstaltungen und Demonstrationen des Aktionsbündnisses „Kürzt den Kindern nicht die Zukunft“ an vielen Orten in Schleswig-Holstein, wie auch in Norderstedt - als Stadt sogar dem Bündnis beigetreten -, in Wahlstedt, Bad Segeberg und anderswo.

- Mitglieder Info 33, 19.5.10

Die Verantwortlichen dieses Sparkonzeptes verweisen mit Recht auf die Tatsache, dass "die realen Vermögenswerte des Landes von den Vorgängerregierungen zu Geld gemacht (wurden)". Ein Verkauf des berühmten Tafelsilbers ist ausgeschlossen. Richtig ist, dass "die wirtschaftliche Infrastruktur Schleswig-Holsteins mit der Entwicklung der anderen Bundesländer in den letzten 20 Jahren nicht Schritt gehalten (hat)." Das Land war vor der Kürzungsoffensive strukturschwach und mit der gegenwärtigen politischen Konzeption wird dieser Zustand verfestigt.

Angesichts solcher Ausgangslagen ausschließlich auf Streichungen, Kürzungen, Begrenzungen und Übertragungen zu setzen, lediglich die innovativen medizintechnischen Projekte von den Streichorgien auszunehmen, verdeutlicht die Perspektivlosigkeit dieser Regierung. Mit dem in der letzten Woche gefassten Beschluss von CDU und FDP und der Oppositionsfraktionen SPD, Grüne und SSW, die Schuldenbremse in die Verfassung zu schreiben, wurde das Tor für ein brutales Kürzungsprogramm nach griechischem Vorbild aufgemacht.

Im Ergebnis dieser Kürzungspolitik wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes weiter geschwächt und die Lebensverhältnisse für die BürgerInnen verschlechtert. Aus einer so tiefen Krise kommt man nicht durch rigoroses Sparen her-

aus. Eine Regierung müsste sich auf Bundesebene für eine gerechtere Steuerpolitik einsetzen. Beispielsweise würde die Aufhebung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes oder die Wiedererhebung der Vermögenssteuer die finanziellen Spielräume deutlich erweitern.

Eine Alternative besteht ferner darin, für Schleswig-Holstein eine moderne Dienstleistungsökonomie auf den Weg zu bringen. Denn auch künftig wird der Beitrag der Industrie zum regionalen Wirtschaftsprodukt die gesetzten Grenzen nicht überschreiten können. Maßstab einer zukunftsorientierten Politik sind daher die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Bekämpfung der sozialen Spaltung.

Wer einen Politikwechsel will, wird sich für einen wirtschaftlichen Strukturwandel und ein Landesprogramm gegen Armut einsetzen müssen. In diesem Zusammenhang sind Mindestlohn und armutsfeste Transfers- und Alterseinkommen zentrale Schritte, um eine Restrukturierung der bundesdeutschen und europäischen Ökonomie einzuleiten. Um diesen Rahmen zu konkretisieren, lädt der Landesvorstand alle Mandatsträger und Mandatsträgerinnen und Kreisvorstände am 24. Juli zu einer eintägigen Konferenz ein.

- Kiel, 28.5.2010

Kommunen in Not

Für die Kreise, Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein wird es immer dramatischer: Die für das laufende Jahr geschätzten Einnahmen aus eigenen Steuern und kommunalem Finanzausgleich sinken auf unter drei Milliarden Euro. Das seien noch einmal 375 Millionen Euro weniger als ursprünglich angenommen. In vielen Kommunen sind die Haushaltslöcher inzwischen so groß, dass sie das Maß der kurzfristigen Einsparungen übersteigen.

Der Landesvorstand lädt ein:

alle MandatsträgerInnen
und Kreisvorstände

zu einer eintägigen

Landeskonzferenz

der LINKEN

am 24. Juli 2010

im Kiek In in Neumünster

Dort werden gemeinsam Konzepte beraten für einen Aktionsrahmen, wie die Kommunen in den nächsten Jahren ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen können.

„Kettenreaktion“ von 120 000 Menschen auf 120 Kilometern

„Wir sind überwältigt von diesem Erfolg. Der Protest war groß, er war vielfältig und bunt, er hat Spaß gemacht. Die hoch gesteckten Ziele, eine 120 Kilometer lange Menschenkette zu bilden und zugleich den Schrottmeyer Biblis zu umzingeln, haben wir gemeinsam erreicht“, so die Veranstalter. (Auszug)

Offenkundig haben sie mit dieser Form der Demonstration den Nerv vieler Menschen getroffen, denen die alten Formen der Protestbekundung als fad und abgelatscht erscheinen. Mit Hilfe der Kommunikationstechniken des 21. Jahrhundert ist es gelungen, die größte Massenkundgebung gegen die Nutzung der Atomkraft seit über 25 Jahren zu organisieren. Die Beteiligung an einer Menschenkette hat einen hohen Anteil an Spaß und Eventcharakter und ist obendrein so angelegt, dass viele Menschen quasi „vor der Haustür“ sich beteiligen konnten. Sicher wird diese Art der Demonstrationsform beispielgebend sein für andere Bereiche des Protestes gegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen...

Mit dieser großen Aktion haben die Menschen gezeigt, dass die Absicht der politischen Eliten und der Vorstände der Energie-Konzerne, den von der rotgrünen Bundesregierung beschlossene halbherzigen „Ausstieg aus der Atomenergie“ in einen „Ausstieg aus dem Ausstieg“ bei Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke umzuwandeln, auf großen Unwillen stößt...

Im Schleswig-Holsteinischen Landtag wurde der Antrag der LINKEN, mit sofortiger Wirkung alle drei schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke abzuschalten mit der Mehrheit der Grünen, FDP, CDU und SSW abgelehnt. In Brokdorf, Standort eines Atomkraftwerks, forderte der Klaus Ernst (LINKE-Bundestagsfraktion): „So schnell wie möglich alle abschalten.“

Große Teile von FDP und CDU/CSU sowie die großen Energiekonzerne fordern, die Atomkraftwerke in Deutschland deutlich länger am Netz zu lassen und die Laufzeiten bis zum Jahr 2050 zu verlängern. Dabei haben sie einen großen Teil der Menschen im Lande gegen sich, aber festzuhalten ist auch, dass das Bewusstsein über die Gefährlichkeit dieser Technologie mehrheitlich nicht mehr prägend ist. Die drastisch gestiegenen Energiepreise haben die Diskussion über längere Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke neu entfacht...

„Wir wollen die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen. Das Energiekartell muss entflochten, die Energieversorgung weitgehend rekommunalisiert, die Energiemonopole müssen schrittweise aufgelöst werden. Wir wollen den unverzüglichen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie.“ (Programmwurf LINKE)... Noch ist nicht nur Überzeugungsarbeit in der Gesellschaft dafür zu leisten, sondern auch innerhalb unserer Partei, dass „die ökologische Frage zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage ist“.



Text: DIE LINKE.SH, www.linke-sh.de

Fotos: Edda Lechner

Auf dem Foto oben: Björn Radke und Klaus Ernst

Europäischer Protesttag:

"für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung"

In Deutschland leben rund 8,6 Millionen Menschen mit anerkannten physischen, geistigen und/oder psychischen Behinderungen... Menschen mit Behinderungen sind überproportional oft erwerbslos, von Sozialhilfe abhängig und in Heimen untergebracht. Auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ihnen erschwert, öffentliche Verkehrsmittel und Einrichtungen wie Kinos oder Behörden sind für sie nur eingeschränkt nutzbar...

An den Kosten für Behindertenhilfe beteiligte sich das Land Schleswig-Holstein gemäß einem Landesrahmenvertrag bisher mit jährlich mit 384 Millionen Euro. Die Kommunen steuerten 92 Millionen Euro bei. Daneben gibt es 14 weitere (frei und private) Träger, die Behindertenhilfe leisten. Jetzt wurde dieser Vertrag einseitig vom Land und den Landkreisen Schleswig-Holsteins gekündigt, wovon 30 000 Behinderte, die in Heimen leben, betroffen sind.

DIE LINKE teilt die Befürchtung der Wohlfahrtsverbände, dass durch die Kün-

Im Bild von links:

Eckhard Kowalcke,
Künstler

Frau Trauernicht,
SPD

und Fred Uhlig,
Philosoph
und Dichter



digung des Landesrahmenvertrages zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen Einsparungen vorgenommen werden. Sie unterstützt die Forderung der Wohlfahrtsverbände, dass die Landräte die Kündigung der Verträge sofort zurücknehmen sollen.

Außerdem fordert DIE LINKE ein Moratorium zur Fortführung des Landesrahmenvertrags zur Eingliederungshilfe über März 2011 hinaus. Es darf keine überhasteten Fehlentscheidungen und keine unsozialen Kürzungen mehr geben.

- 5. Mai, Internet, redaktionell bearbeitet

PRESSEMITTEILUNG
Herzogtum Lauenburg

Hilfen für Menschen mit Behinderung in Gefahr

Die Kreistagsfraktion der Partei DIE LINKE von Herzogtum Lauenburg informierte sich aus erster Hand über die möglichen Folgen des einseitig aufgekündigten Landesrahmenvertrages zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung durch die "Koordinationsstelle soziale Hilfe der schleswig-holsteinischen Kreise".

Bei einem Gespräch zwischen der Fraktion und dem Regionalleiter der Betreuungseinrichtung "Die Brücke e.V.", Herrn Ahlers, wurde deutlich, dass die unklare Vertragssituation für große Unruhe unter den Betroffenen und den Mitarbeitern der Einrichtungen der Behindertenhilfe sorgt. Obwohl der Rahmenvertrag schon in wenigen Monaten ausläuft, haben noch keine Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern stattgefunden.

"Erst wird der Vertrag ohne eine Beteiligung der kommunalen Gremien und ohne eine hinreichende Begründung gekündigt und dann lässt man die Betroffenen im Ungewissen. So geht das nicht!" fordert Peter Feindt, der DIE LINKE im Sozialausschuss des Kreistages vertritt. DIE LINKE wird schon auf der nächsten Kreistagsitzung einen entsprechenden Antrag einbringen und Landrat Krämer auffordern, sich unverzüglich für eine Aufnahme von Gesprächen zwischen allen Beteiligten zum Wohle der Menschen mit Behinderung und der Beschäftigten in diesem Bereich einzusetzen.

Auch fordert DIE LINKE ein offenes Wort des Landrates zu den wirklichen Hintergründen der Vertragskündigung. Hinter vorgehaltener Hand wird über geplante Einsparungen von 100 Mio. Euro gesprochen. Die Linksfraktion befürchtet, dass hier die Probleme der Finanzmarktkrise auf den Rücken der Schwächsten in unserer Gesellschaft ausgetragen werden sollen.

- Ratzeburg den 23. Mai 2010
Michael Schröder, Fraktionsvorsitzender,

Betroffene Heimkinder fordern Hilfe

Erleichtert, auf Andere zu treffen, denen es ähnlich ergangen ist, waren die meisten der anwesenden Betroffenen am letzten Donnerstag im Landtag. Der Eckernförder Künstler Eckard Kowalcke hatte als ehemaliges, misshandeltes Heimkind einen Verein der „Ehemaligen Heimkinder Schleswig-Holsteins“ gegründet und sich mit der Bitte um Öffentlichkeit an Die Linke gewandt. So wurden an diesem Abend viele persönliche Geschichten aufgearbeitet und durch den Austausch manch einer wieder von seinen Erinnerungen übermannt. Während sich die Abgeordneten der übrigen Fraktionen nach der Plenarsitzung bei Häppchen und Sekt der parallel stattfindenden Ausstellung zum Thema Heimkinder widmeten, sprach man hier klar und deutlich über Fakten und Forderungen.

„Die Betroffenen aus verschiedenen Generationen fordern Hilfe und Austausch. Viele wollen ihre Vergangenheit aufarbeiten, aber stoßen schon bei den Behörden, welche die Akten verwalten, an ihre Grenzen“, so Antje Jansen, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke... Nach vielen Wortmeldungen über die aktuelle öffentliche Meinung und die Stimmung der damaligen Zeit, was Erziehungsfragen und Gewalt angeht, forderten die Betroffenen von der Linken eine klare Auseinandersetzung im Landesparlament zum Thema finanzielle Entschädigung. Die Linke... wird demnächst eine Anfrage für das Parlament formulieren. Bleibt zu hoffen, dass sich die anderen Fraktionen nach der Ausstellung im Landtag mehr angesprochen fühlen als 2008, wo eine ähnliche Petition bereits im Petitionsausschuss liegen geblieben ist.

- www.linksfraktion-sh.de

Hände weg vom Sparkassengesetz!



Die schwarzgelbe Koalition will das Sparkassengesetz ändern. Das Gesetz zielt darauf ab, dass die Hamburger Haspa Finanzholding künftig bei den "befreundeten Sparkassen in Schleswig-Holstein" einsteigen kann. Wenn die Haspa bei den Sparkassen einsteigen darf, ist die Option eröffnet, dass sich Privatbanken bei der EU dasselbe Recht erstreiten und damit das öffentlich-rechtliche Finanzwesen in Richtung Privatisierung treiben.

Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte in den schleswig-holsteinischen Sparkassen sieht darin "mittelfristig eine Gefährdung der regional verankerten Sparkassen. Allein in Schleswig-Holstein geht es dabei um rund 9.000 Arbeitsplätze sowie ein erhebliches Steueraufkommen."

Auch lehnen viele Sprecher der Kommunen und der Sparkassen und deren Verbände diesen Entwurf ab. Hintergrund dieses Vorstoßes der schwarzgelben Koalition ist die desaströse Haushaltssituation des Landes und Schiefelage der öffentlich-rechtlichen Finanzwirtschaft in Schleswig-Holstein.

Hände weg vom Sparkassengesetz! Sparkassen, deren Beschäftigte und Kunden vor Privatisierung schützen!

Durch die Risikogeschäfte der HSH Nordbank mussten die Sparkassen einen Vermögensverlust in dreistelliger Millionenhöhe hinnehmen. Schleswig-Holsteins Sparkassen- und Giroverband fordert seitdem von der Landesregierung, ihren Anteil von 14,8 % an der HSH Nordbank zu übernehmen.

Der Anteil der Sparkassen an der angeschlagenen HSH Nordbank hatte einen Wert von 700 Mio. Euro, und steht jetzt mit 370 Mio. Euro in den Büchern, was

diese stark belastet. Zusätzlich hat der Sparkassenverband auch mit hausgemachten Altlasten zu kämpfen (Sparkasse Südholstein und Nospa).

Der Druck, der auf den Sparkassen lastet, zwingt den Sparkassenverband alle Möglichkeiten zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung der Sparkassen auszuloten. Die Änderung des Sparkassengesetzes schafft keine Entlastung, sondern würde das bestehende Problem verschärfen. Auch ohne Änderung des Sparkassengesetzes ist die Aufstockung der Kapitaldecke mittels stiller Einlagen möglich.

Es ist ein Gebot demokratischer Kontrolle, dass die politischen Entscheidungen in den Sparkassen ebenfalls von Menschen aus der Region getroffen werden. Dies ist durch ihre kommunale Trägerschaft abgesichert. Deshalb sind alle Versuche abzulehnen, die Kontrolle über die Sparkassen mittels Einführung z.B. von übertragbarem Stammkapital an andere öffentlich-rechtliche Institutionen (wie z.B. der HASPA) regional aus der Hand zu geben und für private Investoren und deren Renditeziele zu öffnen.

DIE LINKE fordert: Die Landesregierung muss der Forderung der Sparkassen nach Übernahme ihrer Anteile bei der HSH-Nordbank endlich nachkommen. Gemessen an den Milliardenkosten für ein Fass ohne Boden, handelt es sich hierbei um überschaubare Beträge für eine sinnvolle Investition. Die Öffnung des Eigenkapitals bei den Sparkassen ist kein Beitrag zur Stärkung der dritten Säule der Bankenwirtschaft.

DIE LINKE steht für ein Bankensystem aus drei Säulen: Sparkassen, Genossenschaftsbanken und staatliche Großbanken. Ein funktionierender Finanzsektor ist ein öffentliches Gut, seine Bereitstel-

Protest gegen Änderung des Sparkassengesetzes

Geesthacht. Die Kreistagsfraktion der LINKEN hat die am 19. Mai durchgeführte Grundsteinlegung für den Neubau einer Sparkassenfiliale in Geesthacht genutzt, um die geladenen Gäste und die Öffentlichkeit auf die Gefahren, die mit der geplanten Gesetzesänderung verbunden sind, aufmerksam zu machen. (siehe Fotos)

Das Gesetz zielt darauf ab, dass die HASPA bei den Kreissparkassen einsteigen darf. "Dadurch wird nach EU-Recht auch der Beteiligung der großen Privatbanken an den öffentlichen Sparkassen Tür und Tor geöffnet und so die Privatisierung unserer Sparkassen vorbereitet" empört sich Carsten Friederichs vom Kreisvorstand der LINKEN. Gerade durch ihre regionale Ausrichtung haben die Sparkassen die Finanzkrise überwiegend gut überstanden und konnten insbesondere klein- und mittelständische Betriebe weiter mit Krediten versorgen und die kommunalen Interessen unterstützen.

Eine schleichende Privatisierung brächte das gesamte Sparkassensystem in Gefahr, so DIE LINKE weiter, und würde mittelfristig auch negative Auswirkungen auf die ohnehin katastrophale Haushaltslage der Kommunen haben.

- 19.5.10 Kreisverband und Kreistagsfraktion Herzogtum-Lauenburg

lung daher eine öffentliche Aufgabe. Durch strikte Regulierung ist zu gewährleisten, dass der Bankensektor in Zukunft wieder seinen öffentlichen Auftrag erfüllt: die zinsgünstige Finanzierung wirtschaftlich sinnvoller Investitionen insbesondere auch kleiner und mittlerer Unternehmen, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und Bereitstellung eines kostenlosen Girokontos für jedermann, sichere Anlage privater Ersparnisse.

- 4.5.10, Flugblatt der LINKEN.SH, ViSdP Björn Radke

Nachlese:

Flughafen Lübeck - Fazit eines Bürgerentscheides

Zunächst sei seitens der Genossinnen und Genossen allen Helferinnen und Helfern gedankt, die sich so aufopferungsvoll an unserer Kampagne "Nein zum Flughafen ausbau!" (siehe Foto) beteiligt haben. Auch wenn das Ergebnis des Lübecker Bürgerentscheides aus unserer Sicht ernüchternd ist, so haben wir mindestens eine ganze Reihe an Erfahrungen sammeln können, die sich durchaus in Zukunft an anderen Stellen verwerten lassen sollten.

Das Bürgerbegehren unter dem Titel "Ja zum Flughafen", welches zwei Mitglieder der FDP in Lübeck namentlich auf den Weg gebracht haben, nachdem mit einer Mehrheit aus DIE LINKE, SPD und Grünen in der Bürgerschaft der Ausstieg der Stadt und damit die Abwicklung des Lübecker Airports beschlossen hatten, war ein voller Erfolg. Ca. 22% aller Wahlberechtigten unterschrieben dieses Begehren und erreichten damit, nachdem die Mehrheit in der Bürgerschaft weiterhin am Ausstieg festhielt, dass es zum Bürgerentscheid in dieser Frage kam.

Die Seiten waren schnell formiert. Bei den Befürwortern fanden sich maßgeblich die IHK (mit ihrer geballten Unterstützung aus der Wirtschaft und einer finanziellen Beteiligung von ca. 100.000 Euro, die FDP, die CDU und die Wählergemeinschaft BfL zusammen. Gegen den Ausbau und für den Ausstieg entstand über das Bündnis "Soziales Lübeck" ein Bündnis aus DIE LINKE, SPD, Grüne, Avanti, MLPD, autonomes Frauenhaus, Basta! Linke Jugend, die Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm, die BI Zukunft Blankensee und diversen EinzelvertreterInnen.

Somit führten wir zum ersten Mal einen Bündniswahlkampf gemeinsam mit SPD und Grünen. In der Analyse zum Wahlgang haben wir dann auch kritisch hinterfragt, woran es gelegen hat, dass wir diese Abstimmung mit 67,2% zu 32,8% verloren haben, wobei die Wahlbeteiligung auf ganz anständige 31,2% kam.

Strategischer Nachteil ist auf alle Fälle gewesen, dass die BürgerInnen über eine bereits getroffene Entscheidung der Politik abzustimmen hatten, was nach unse-



Finanziell standen die Befürworter deutlich besser da.

Sie waren mit einem Topf von etwa 100.000 Euro gerüstet,

während wir insgesamt nicht mehr als 35.000 Euro in und über unsere Strukturen, sowie durch Privatpersonen generieren konnten.

rer Ansicht schon immanent die Motivation befördert, es "denen da oben" mal zu zeigen. Ebenso war für uns von Nachteil, dass das Bürgerbegehren den Titel "Ja zum Flughafen" hatte und somit nicht den Hauch eines Ansatzes von sozialpolitischer Katastrophe für die Stadt erkennen ließ.

Auch war auffällig, dass die Befürworter das Flughafenpersonal und diverse bezahlte Mitarbeiter der bürgerlichen Fraktionen fast dauerhaft als Wahlkampftruppe einsetzen konnten, während unsererseits tatsächlich viele Menschen nach der Arbeit ihre Freizeit aufbringen mussten, um unsere Kampagne zu gestalten.

Im Bündnis herrschte ein ausgewogenes, freundliches und konstruktives Kli-

ma zwischen den Beteiligten - es gelang auch, dass vermieden wurde, dass sich eine Gruppierung einseitig über die Kampagne profilieren konnte. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde weitestgehend gemeinsam koordiniert, ergänzend mit Einzelmeldungen der Beteiligten haben wir nach unserer Ansicht auch in einer uns gegenüber alles andere als aufgeschlossenen Presse zu punkten.

Bestimmte andere organisatorische und inhaltliche Dinge haben dagegen nicht so optimal funktioniert. Während das Aufstellen der Wahlplakate noch relativ einfach und reibungslos lief, da weitestgehend die Koor-

ordination stimmte und ja ohnehin überall gut sichtbar war, wo schon Plakate aufgestellt wurden und wo nicht, haperte es deutlich bei der Verteilung der Wahlkampfzeitung. Die Zeitung selbst war, im Rückblick, eine Zumutung. Wer nicht ohnehin schon aufgeschlossen unseren Positionen gegenüberstand wurde mit der Bleiwüste regelrecht überfordert bzw. verschreckt.

Die Verteilung, welche wir auf dem Bündnis nach Stadtteilen in die einzelnen Gruppen und Parteien aufgeteilt hatten, ging schnell nach hinten los. Die ersten verteilten sofort ihr Material, obwohl wir einen späteren Zeitpunkt ausgemacht hatten, um flächendeckend möglichst zeitgleich das Stadtgebiet zu versorgen, andere holten die Zeitungen nur ab - und vermutlich vergammeln jetzt etliche Exemplare in irgendwelchen Garagen. Wir, als DIE LINKE verteilten unser Gebiet planmäßig und hatten später damit zu tun als "Feuerwehr", nach Rückmeldungen aus der Bevölkerung die noch nicht versorgten Stadtteile ausfindig zu machen und sie durch unseren Einsatz zu versorgen.

Einerseits hat uns das Arbeitskraft gestohlen, andererseits haben wir uns auch die Möglichkeit vergeben in der letzten Woche noch einmal ebenso flächendeck-

kend ein Flugblatt mit einfachen Informationen und Handlungsanleitungen zu stecken. Was auch während der Kampagne auffällig wurde, war der Umstand, dass viele nicht verstanden haben, dass man bei der Abstimmung "Ja zum Flughafen" zur Wahl gehen kann und muss, um mit "Nein" zu stimmen.

In Anbetracht der Stimmenverteilung über die einzelnen Stadtgebiete müssen wir feststellen, dass wir besonders in den sozialen Brennpunkten überdurchschnittlich verloren haben (in Buntekuh waren über 80% der Wählerinnen und Wähler für den Ausbau). Die Formel der Befürworter - ihr habt schon jetzt nix mehr, und dann nehmen sie euch auch noch den Flughafen weg... - hat dort voll gegriffen. Unsere Argumentation war viel zu umständlich. Die Wählerschaft der Grünen ist zwar auf die Umweltfrage weitestgehend aufgesprungen, die Wählerinnen und Wähler von Linken und Sozialdemokraten hat dies aber wohl eher mit Unverständnis erfüllt.

In der Vorstellung unserer Auswertung bei der Landesvorstandssitzung wurde die Frage diskutiert, inwiefern dieser Bürgerentscheid eine Niederlage für die politische Linke war. Selbstverständlich war diese Abstimmung keine Aussage darüber, wie die politischen Präferenzen der Wählerinnen und Wähler sonst liegen, es war ein Votum über eine Sachfrage. Dass sie auf beiden Seiten von zwei grundsätzlich unterschiedlichen Lagern getragen wurde sagt nichts über das sonstige Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger aus.

Generell ziehen wir als DIE LINKE Lübeck aus der Kampagne das Fazit, dass wir erstens wieder in einem Bündnis einen Wahlkampf führen würden, aber in Anbetracht der Erfahrungen vor allem im organisatorischen Bereich ein straffer geführtes Management ansetzen würden, zweitens die Botschaft an die Wählerinnen und Wähler radikal vereinfacht und begreifbarer dargestellt werden muss. Darüber hinaus muss nach unserer Ansicht in unserer Partei allerdings auch die Frage thematisiert werden, wo die Zulässigkeiten einer Fragestellung für einen Bürger- bzw. Volksentscheid begrenzt werden sollten, als erschreckendes Beispiel kann diesbezüglich durchaus die schweizerische Abstimmung über ein Minarettverbot angeführt werden.

- Sascha Thomas,
Kreisvorsitzender KV Lübeck

Ein Kulturfahrplan für Eckernförde?

Am 17.03.2010 fand im Ratssaal ein "Kulturgespräch" statt, zu dem Sven Wlassack, der städtische Kulturbeauftragte, eingeladen hatte. Und viele kamen: Kulturschaffende und -interessierte, VertreterInnen aus Verwaltung und Politik.

Vorgestellt wurden erste Ergebnisse aus einer Umfrage zur Erfassung kultureller Aktivitäten in unserer Stadt, aus der sich ergibt, daß z.B. im Jahr 2009 an 1033 Kulturveranstaltungen rund 52000 Menschen teilgenommen haben. Das ist - im Vergleich zu anderen Kommunen - eine durchaus stolze Bilanz, die sicherlich auch mit der kontinuierlichen Arbeit Sven Wlassacks seit 1988 zusammenhängt. So wunderte es kaum, daß die Versammelten sich einmütig für einen Erhalt der Stelle des Kulturbeauftragten aussprachen - auch nach der Pensionierung Wlassacks in zweieinhalb Jahren. Zustimmend wurde auch die Frage von Hartmut Steins (SSW) beantwortet, ob dies denn auch für die Stelle des Museumsleiters (Dr. Beitz) gelten sollte?

Wie kommt es aber, daß urplötzlich eine breite Diskussion über die Rolle der Kultur in unserer Stadt entstanden ist ...

... mit dem Ziel, ein "Kulturkonzept" zu diskutieren und zu beschließen?

Leider steht dahinter weniger der Wunsch, das kulturelle Angebot für Bürgerinnen und Bürger auszubauen und zu vervollkommen, als die Frage danach, was "wir uns in Zukunft noch leisten können". So wurden im Rahmen der Diskussion um die städtische Haushaltskonsolidierung seit Frühjahr 2009 mehrere städtische Liegenschaften aus dem Kulturbereich als Verkaufsobjekte ins Auge gefaßt: das VHS-Gebäude in der Frau-Klara-Straße, die alte Straßenmeisterei (Muckemacher), das Künstlerhaus in der Ottestraße und das Bootshaus (Galerie Nemo). Endgültig beschlossen wurde noch nichts, aber die Diskussion dauert an.

Einen weiteren Anstoß gab die Kontroverse um den Erwerb des Gebäudes der Alten Bauschule in der Kieler Straße. Trotz erkennbaren Bedarfs für ein zentrales städtisches Kulturhaus, trotz starken Engagements vieler Eckernförder Bürgerinnen und Bürger für diese Idee lehnte der Finanzausschuß einen Einstieg in das Bieterverfahren für das Gebäude ab. Angesichts der Tatsache, daß Millionen von Euro in den Erwerb eines selbst von der FDP bezweifelte Gewerbegebietes Nord, in den Kauf des HaGe-Geländes ("Nooröffnung"), in Pflasterung von Straßen oder Hafenpromenaden fließen, stößt diese Entscheidung selbst in besitzbürgerlichen Kreisen häufig auf Unverständnis.

Neben der eher sparpolitischen Betrachtungsweise krankt die Diskussion um ein städtisches Kulturkonzept leider noch an einem weiteren Mangel: "Kultur" wird zunehmend als bloßes Mittel zum Zweck begriffen, möglichst viele Touristen in die Stadt zu locken, egal wie "mainstream"-mäßig und dumm das entsprechende Angebot ausfällt. Diese an kommerziellen Interessen ausgerichtete, instrumentalisierende Betrachtungsweise muß zwangsläufig zu einer Verflachung des kulturellen Angebots führen.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: wenn wir selbst unsere eigene kulturelle Identität entwickeln, nicht provinziell, sondern weltoffen und innovativ, wird unsere Stadt auch nach außen hin an Ausstrahlungsgewinn gewinnen. Dazu muß Kultur freilich in ihrer ganzen Breite begriffen und angeeignet werden: bildende Kunst, Literatur, Musik, Theater, Stadtgeschichte in all ihren Ausprägungen, also auch als Sozial-, Alltags- und Mentalitätsgeschichte, Denkmalschutz - all dies und noch viel mehr macht unsere Kultur aus. Auch die Diskussion um ein Fischräuchereimuseum gehört in diesen Zusammenhang.

Daß sich so viele engagierte Menschen in Eckernförde um die Stadtkultur Gedanken machen, ist ein Segen. Politik sollte dies nicht nur in schönen Reden würdigen, sondern dort wo es nützt, auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.

- Rainer Beuthel,
Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE



Sonntag, den 2. Mai 2010, besuchte eine Gruppe aus Mitgliedern der LAG 50 plus und dem Kreisverband der LINKEN Ostholstein die KZ- Gedenkstätte in Ahrensböök.

LAG Netzwerk 50 plus und Kreis Ostholstein besuchen das KZ Ahrensböök ... unvorstellbare Gräueltaten

Die Leiterin begrüßte die Teilnehmer und gab einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Konzentrationslager in Deutschland. Anhand einer Karte zeigte sie uns die Orte, in denen sich solche Einrichtungen befanden. Es war erschreckend, fast in jedem Ort und in jeder Stadt gab es solch eine Stätte des Grauens.

In einem Raum stand in der Mitte ein Modell eines Konzentrationslagers, das von Schülern angefertigt worden war. Schon der erste Eindruck war bedrückend. An den Wänden befanden sich Bilder von einigen Überlebenden. Dort wurden ihre Lebensläufe dargestellt. Manche treffen sich noch heute, um an besonderen Orten, an denen Erinnerungssteine aufgestellt sind, sich an die grauenvollen Zeiten zu erinnern und die heutige Generation davor zu bewahren, solche Gedanken wieder weiterzuentwickeln. Wir verließen diese Gedenkstätte mit dem Vorhaben, uns an der Erhaltung dieser Steine durch Übernahme von Patenschaften zu beteiligen.

Mein persönlicher Eindruck : Ich bin sehr tief bewegt durch die Ausstellung gegangen, habe mir jeden Lebenslauf durchgelesen und versucht, mich in die damalige Zeit und in die Menschen hineinzusetzen. Doch ich kann diese unvorstellbaren Gräueltaten, mit denen die Menschen in den Tod getrieben wurden, kaum verstehen und schon gar nicht nachempfinden. Ich möchte nur eines:

Daß so etwas nie, nie wieder passiert!

- 2. Mai 2010, Bericht Alrun Olivia Fechtner



Lübeck und Stormarn wollen enger zusammenarbeiten

Die Abgeordneten der Partei DIE LINKE aus der Lübecker Bürgerschaft und aus dem Stormarner Kreistag wollen künftig enger zusammenarbeiten. Das beschlossenen Vertreter/innen beider Fraktionen bei einem Treffen in Bad Oldesloe am 19. April. ..

Die Politik in den Kommunen darf sich nicht selbst aufgeben und die aufgebauten Leistungen und Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger kaputtsparen, weil Bund und Land Steuergelder verpulvern und die kommunalen Finanzen austrocknen!“, stellte Heiko Winkel-Rienhoff, Sprecher der LINKEN im Stormarner Kreistag, die übereinstimmende Meinung fest. Antje Jansen, Sprecherin der LINKEN in der Lübecker Bürgerschaft, fürchtet vor allem im Kinder- und Bildungsbereich Kürzungen durch die Landesregierung, die auf die Kommunen, vor allem bei der Finanzierung der Kindertagesstätten, durchschlagen werden...

Geprüft werden soll die Verbesserung der **Verkehrsanbindung** des Nordstormarner Raumes an Lübeck.. Auch bei den zu erwartenden Problemen der Hinterlandanbindung der **Fehmarn-Belt-Querung** ist gegenseitige Information vereinbart worden. Die Fraktionen wollen gemeinsam die Folgen für die Verkehrsentwicklung, die **Umweltbelastung** und die **wirtschaftliche Entwicklung** öffentlich machen. „Ob hier wirklich wirtschaftliche Impulse zu erwarten sind, kann keiner vorhersagen – offensichtlich aber ist, dass die kommunale Ebene für die Hinterlandanbindung zur Kasse gebeten werden wird!“ befürchten die LINKEN KommunalpolitikerInnen.

Itzehoe. Eine recht fröhliche Stimmung herrschte bei der Einweihung des neuen Regionalbüros der LINKEN Landtagsabgeordneten Ranka Prante am 30. April 2010 in Itzehoe. Zu Schnittchen und Kuchen waren u.a. der Landrat des Kreises Steinburg, Dr. Dr. Kullik, verschiedene VertreterInnen anderer Parteien, einige Jugendpolitiker, GenossInnen aus dem Landesverband der LINKEN, ihrer Landtagsfraktion und dem Landesvorstand aus Kiel, sowie weitere befreundete und interessierte Gäste erschienen. Mit ihrem neuen Büro im Oelmühlengang 2 will Ranka den Kontakt zu den BürgerInnen halten und dort auch regelmäßige Sprechstunden durchführen.“

- Moritz Thalmann, Mitarbeiter bei Ranka Prante

Rede von Uli Schippels im Landtag zu Abschiebungen ins Kosovo

„Fremde müssen hier heimisch werden.“

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, der Mensch ist ein soziales Wesen. Wir sind auf der Erde, um uns gegenseitig zu helfen und nicht, um uns gegenseitig das Leben schwer zu machen, uns gegenseitig auszugrenzen, Menschen zu unterdrücken und in ihren Freiheitsrechten zu beschneiden.

Auf diesen Grundlagen fußt unsere Gesellschaft, auf diesen Grundlagen fußen alle drei großen monotheistischen Religionen. Ich möchte aus dem zweiten Buch Moses, 22,20 zitieren: „Einen Fremden sollst du nicht ausnutzen oder ausbeuten, denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen.“ Ein ähnliches Zitat sei noch angeführt, damit die Botschaft auch ankommt:

„Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst,

...denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen“ (Buch Levitikus 19,34). Sie – und ich meine hier vor allem ihre VertreterInnen im Bundestag von CDU bis Bündnis 90/Die Grünen – sie haben die Wurzeln, auf der unsere Gesellschaft ruht, mit Füßen getreten. Sie haben ein Europa geschaffen, das sich nach außen abschottet – nicht vor Hedge-Fonds und anderen Irrtümern des internationalen Finanzsystems – sondern vor den Menschen.

Um Europa herum existiert eine Mauer, jedes Jahr sterben hunderte von Flüchtlingen, die aus höchster Not aus ihrer Heimat – zum Beispiel über das Mittelmeer – nach Europa flüchten. Sie flüchten, um für sich eine Perspektive in der Fremde aufzubauen.

Niemand – meine Damen und Herren – verlässt seine Heimat gerne, niemand verlässt gerne seinen eigenen Kulturkreis. Fluchtbewegungen sind weltweit Folge von Hunger und Krieg, und nur ein kleiner, ein sehr kleiner Teil der Flüchtlinge erreicht Europa. Und viele derjenigen, die hier ankommen, werden wieder abgeschoben.

Im sehr kurzen zeitlichen Abstand haben dieses Jahr zwei Häftlinge in Hamburger Abschiebehaft das Leben genommen. Wie verzweifelt müssen diese Menschen gewesen sein? Wie falsch, besser: wie menschenverachtend müssen unsere Gesetze sein? Denn die Exekution unserer Gesetze führen offenbar dazu, dass Menschen sich umbringen.

Selbstverständlich sind wir gegen Abschiebungen ins Kosovo. Dies betrifft selbstredend auch die Abschiebungen von Roma und Ashkali. Die Situation im Kosovo hat sich – vor allem für die Minderheiten – seit Jahren nicht verbessert. Ihnen drohen weiterhin Diskriminierung und Anfeindungen.

Für uns als Deutsche kommt eine zusätzliche Bürde hinzu. Die Roma wurden seit Jahrhunderten auch bei uns benachteiligt, angefeindet, ausgegrenzt, diskriminiert, verfolgt und im Faschismus ermordet. 500.000 Sinti und Roma mussten damals den Wahn der Faschisten mit ihrem Leben bezahlen. Viele aus dem ehemaligen Jugoslawien in die Bundesrepublik geflohenen

Roma sind inzwischen gut integriert, obwohl sie auch hier unter den Sondergesetzen des Ausländerrechtes leiden.

Die bereits angelaufenen Abschiebungen zerstören, sie vernichten das Glück vieler Familien, sie zerstören die berufliche Perspektive insbesondere der jungen Leute. Für viele der hier geborenen Roma bedeutet die Umsetzung des Rücknahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo, dass sie dort mit gefährlicher Diskriminierung und dauerhafter sozialer Ausgrenzung am Rand der Gesellschaft leben müssen. Die Gefahr von Pogromen ist im Kosovo weitaus höher als z.B. bei uns.

Schon der Begriff „Rückübernahmeabkommen“ ist entlarvend. Menschen werden hier als Objekte betrachtet, ihre Rechte werden mit Füßen getreten. Wir wollen gleiche Rechte für alle, die hier leben, der Fremde, der sich bei uns aufhält, soll hier heimisch werden und wir sollten ihn lieben wie uns selbst. Stimmen sie dem Antrag zu.“

- Jannine Menger-Hamilton, Pressesprecherin
DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag



Keine Abschiebung ins Elend

Am 14. April wurde das Rücknahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo unterzeichnet. Damit droht Minderheiten wie Roma und Ashkali, die seit vielen Jahren als Flüchtlinge in Deutschland leben, vermehrt die Abschiebung. Im Kosovo wartet auf sie buchstäblich ein Leben am Rande der Müllkippe, wie z.B. in den kontaminierten Lagern Cesmin Lug und Osterode bei Mitrovica (siehe Bild).

Was kann dagegen getan werden?

Die Kritik an den Zwangsmaßnahmen wird stärker. Der EU-Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg hat bereits mehrfach gefordert, von Abschiebungen abzusehen. In einem Brief an Angela Merkel betonte er, insbesondere Roma seien Opfer systematischer Diskriminierungen. Inzwischen fordert auch Bundesinnenminister De Maizière dazu auf, zurückhaltender bei Abschiebungen von Roma vorzugehen.

Der Förderverein PRO ASYL e.V. ruft unter dem Motto „Keine Abschiebungen ins Elend“ zu engagierter Hilfe auf: Protest-Briefe und e-Mails schreiben, Familien unterstützen, e-Mail: info@proasyl.de und Internet: www.proasyl.de



Nazis nicht zu Wort gekommen

Plön. Für den 17. April 2010 hatte die DVU durch Hans-Gerd Wichmann, ihr Landesvorsitzender in Niedersachsen, eine Kundgebung "für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit" angemeldet. Was sich brav und bürgerlich gibt, zielt auf Hass und Gewalt. Er richtete sich an alle "patriotischen, freiheitlichen und nationalen Kräfte" und brachte im Gepäck den Holocaust-Gegner und Gewalttäter Christian Worch mit. Desse Redeversuch am Mikrofon - die Nazis hatten ihre Kundgebung schon vorsichtshalber vom ursprünglich geplanten Marktplatz auf den Wentorper Platz verlegt - endete schon nach wenigen Sätzen im gellenden Gegenprotest von über 200 AntifaschistInnen mit Trillerpfeifen, Tröten und Rasseln. Die etwa 20 zumeist jungen "autonomen Nationalisten", die sich um Wichmann und Worch versammelten, schützte nur der massive Einsatz der Polizei mit zwei Polizeiketten. Zuvor hatten diese den Platz von allen AntifaschistInnen geräumt,

SchülerInnen, VertreterInnen aller Parteien und Plöner BürgerInnen hatten sich unter dem Slogan "Plön bleibt bunt" zusammengeschlossen. Dazu gehörten das Gymnasium Schloss Plön, die DGB-Jugend Kiel, der Propst Matthias Petersen vom Kirchenkreis Plön und die Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten. Sie waren mit einem Aufruf und diversen Anzeigen an die Presse gegangen und hatten Flugblätter verteilt. Bei den Plöner BürgerInnen stieß das auf positive Resonanz. Auch die Plöner Ratsversammlung, unterstützt von Bürgermeister Jens Paustian, gab in einer Erklärung bekannt: "Ein Aufmarsch Ewiggestriger und rechts-extreme Parolen gehören nicht in diese Stadt." und riefen die Bevölkerung dazu auf, "ein friedliches Zeichen gegen Intoleranz und Fremdenhass zu setzen."

Eine Gegenkundgebung des Bündnisses auf dem Plöner Marktplatz begann mit einer Andacht der Pastoren Michael Schwer und Jörn Kress in der Nikolaikirche am Markt, in der sie zum Widerspruch gegen rechte Parolen aufriefen. Um 11 Uhr wurde öffentlich eine Resolution "Gegen eine Gesellschaft des Rassismus, des Antisemitismus und der Ausgrenzung und für eine offene Gesellschaft der Demokratie und Toleranz" vortragen. Man solle auch in Zukunft mehr Zivilcourage gegen Nazis zeigen. Und man wünsche sich, dass "Plön bleibt bunt" sich dauerhaft als antifaschistisches Bündnis etabliert.

- Bericht von Gösta Beutin und Gabi Geschwinde-Wiese, aus LinX 5/2010

BAFÖG soll elternunabhängige, bedarfsdeckend und repressionsfreie Grundsicherung werden

Dies ist ein Schlag ins Gesicht der Studierenden", so Cornelia Moehring (MdB) in einer Presseerklärung zur Absicht der Regierung Carstensen, im Bundesrat gegen eine Erhöhung der Bafög-Sätze stimmen zu wollen. "Ich fordere Herrn Carstensen auf, seinen Einfluss im Bundesrat für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Studierenden einzusetzen!"

Die Bundestagsabgeordnete Der LINKEN.SH C. Möhring erläutert: "...nur 29 % aller NormalstudentInnen erhalten überhaupt BAFÖG, ...rund 88 % aller Studierenden werden von ihren Eltern mit monatlich durchschnittlich 450 Euro unterstützt, ...und 65 % aller Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten." Wenn Herr Carstensen eine Erhöhung des BAFÖG im Bundesrat verhindert, unterstützt er die bereits zu beobachtende Entwicklung der Fach- und Hochschulen zu Eliteeinrichtungen für die Kinder gut betuchter Eltern...

Merkmal "sexuelle Identität"

Erweiterung des Artikel 3 des Grundgesetzes gescheitert

Als Folge der Nationalsozialistischen Selektions- und Vernichtungspolitik wird neben dem allgemeinen Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzartikel 3 Absatz 1 zusätzlich im 3. Absatz aufgelistet, welche persönlichen Merkmale vor staatlicher Differenzierung zu schützen sind. Diese sind: Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöse oder politische Anschauungen sowie Behinderungen.

In dieser Auflistung fehlt eine Opfergruppe nationalsozialistischer Verfolgungspolitik: Homosexuelle. Nun sollte in diesem Jahr endlich die noch klaffende Lücke geschlossen werden und der Artikel durch das Merkmal der "sexuellen Identität" erweitert werden, um Lesben, Schwule, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle zu schützen. Berlin und Bremen haben diesen Begriff bereits in ihrer Landesverfassung aufgenommen.

Dennoch scheiterte die Initiative von SPD, Grünen und Linken im Januar 2010 im Bundestag. Erwartungsgemäß sperrte sich die CDU, aber auch die FDP, die ihren schwulen Außenminister gerne als liberales Aushängeschild benutzt, sah keinen Handlungsbedarf und verwies auf die unzureichenden Antidiskriminierungsgesetze. Die erforderliche 2/3 Mehrheit kam nicht zustande. Im November 2009 scheiterte dasselbe Vorhaben im Bundesrat. Dabei zeigen alltägliche Homophobie und die mangelnde rechtliche Gleichberechtigung, wie notwenig ein dezidiertes Bekenntnis im Grundgesetz ist. Der Schutz der sexuellen Identität darf nicht nur ein einfaches Gesetz sein, es muss die Grundlage unserer Gesellschaftsordnung bilden...

Wir leben in einer Gesellschaft, in der wir uns vor allem darin einig sind, dass wir alle verschieden sind. Die individuelle Freiheit des Einzelnen erhält aber erst durch die Freiheit des Anderen seine Gewissheit. Dies muss sich im Grundgesetz widerspiegeln! Die Linke (und in ihr die Arbeitsgemeinschaft "Queer" gehört zu den politischen Kräften in Deutschland, die dieses Gemeinwohlinteresse erkannt hat und weiter konsequent für Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung streiten wird! - Marco Höne, Sprecher der LAG Quer

Die LAG trifft sich alle 6 Wochen

Kontakt: Tel: 04 31 - 318 72 33, e-Mail: wrexen69@web.de

Liebe Leserinnen und Leser

Für diese Ausgabe haben wir von den Mitgliedern der LINKEN.SH wieder viele interessante Artikel zugesandt bekommen und auch selber im Interent danach geforscht: bei den Gremien des Bundes- und unseres Landesverbandes, den Fraktionen, Kreisen und Landesarbeitsgemeinschaften. Wundert euch nicht, dass euch einiges davon schon bekannt ist.

Aber: Diese Ausgabe ist eine Printausgabe und wird dieses Mal all denen schriftlich zugeschickt, die über keine e-Mail und kein Internet verfügen. Diese Mitglieder erfahren in der Regel von vielen Ereignissen unserer LINKEN.SH nur wenig oder nur über die "bürgerliche Presse". An sie haben wir bei dieser Ausgabe vorrangig gedacht und deshalb viel Wert darauf gelegt, ihnen all das, was in den letzten Monaten wichtig war, zu vermitteln und so umfassend wie möglich darzustellen.

Edda Lechner, für die Redaktion "Info DIE LINKE.SH"

Zum Programmentwurf der LINKEN

Bis 2011 haben wir nun alle Gelegenheit den Entwurf des Parteiprogrammes zu diskutieren. Gemeinsam mit dem Landesrat wird der Landesvorstand einen Strukturvorschlag für die Programmdebatte in Schleswig-Holstein erarbeiten, um dann mit dem Netzwerk Politische Bildung den Kreisen bei der Durchführung der Debatte Hilfestellung zu geben.

Im Herbst findet gemeinsam mit den Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg eine Regionalkonferenz zur Programmdebatte statt.

Den Programmentwurf könnt ihr bestellen oder einsehen:

Adresse: Landesgeschäftsstelle, Sophienblatt 19, 241 03 Kiel,
Tel: 04 31 - 73 77 01,

e-Mail: landesgeschaeftsstelle@linke-sh.de

<http://die-linke.de/programm/programmentwurf/>

Seminar für neue Mitglieder

Vom 7.-9. Mai fand das erste Seminar für neue Mitglieder der LINKEN in Schleswig - Holstein statt. Aus verschiedenen Kreisverbänden nahmen 14 Genossinnen und Genossen teil, davon 9 Männer und 5 Frauen, von denen - zu unserer Überraschung - die Hälfte der Generation unter 20 und jünger angehörten. Der Älteste war aber immerhin schon 71 Jahre alt. Natürlich hatten die Mitglieder nicht nur eine sehr unterschiedliche Lebenserfahrung, sondern auch die Bildungshintergründe waren höchst verschieden.

Der Freitagabend galt dem Kennenlernen. Am Samstagvormittag begannen wir mit einer Fotomontage zur Entstehung der LINKEN, denn die Besinnung auf die Entwicklung unserer jungen Partei - und auch der beiden Deutschlands - bedarf dringend der Einbettung in die größeren gesellschaftlichen Zusammenhänge. Wie die Organisationsstruktur der LINKEN aufgebaut ist, ließen wir in zwei Arbeitsgruppen und mit Hilfe vorgefertigter Bausteine jeweils in einem Organigramm auf Landes- wie auf Bundesebene darstellen.

Der Nachmittag begann mit intensiver Gruppenarbeit zu typischen neoliberalen Strategien und klang aus mit einer Diskussion im Plenum zu programmatischen Grundpositionen der LINKEN. Die



Grundlage bildeten zwei Marx-Zitate und ausgewählte Passagen aus dem Programmentwurf. Am Abend zeigten wir das biografische Filmporträt "Über die Schwelle", der den spannenden Lebensweg des späteren DDR - Bürgers und Mitglieds der PDS Walter Ruge aufzeigt. Er floh 1933 als Kommunist von Deutschland nach Moskau und geriet von dort als "Feind des Volkes" in den sowjetischen GULAG. Der über 90-Jährige äußert in dem Film die Hoffnung, dass noch eine andere Variante des Sozialismus möglich werde. Am Sonntagvormittag übten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin, aktuelle politische Forderungen der LINKEN (gegen die "Kopfpauschale" und für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan) argumentativ zu verteidigen.

Bei der Manöverkritik am Nachmittag gab es Zensuren von "Sehr gut" bis "schlecht" für die Art der Durchführung

des Seminars. Es ist wohl für jeden etwas Interessantes dabei gewesen und man hatte die Chance sich einbringen. Bei den Präsentationen im Plenum blieb leider zu wenig Ruhe für Korrekturen und Ergänzungen und zu wenig Raum für Rückmeldungen an die Arbeitsgruppen und Vortragenden. Der häufige Wechsel in der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ermöglichte eine vielfältige, alle einbeziehende Kommunikation. Die Stimmung war deshalb auch meist lebendig und angeregt, nicht zuletzt durch den heiteren, solidarischen Umgangston.

Insgesamt freuen wir Teamer uns über diese Rückmeldung, war das Seminar doch für uns eine Premiere. Als Netzwerk politische Bildung wollen wir diese Neumitgliederseminare möglichst halbjährlich durchführen. Ein guter Anfang ist gemacht!

- Bericht: Helga Trabandt und Gösta Beutin

INFO DIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 3. Juni 2010
Online-Zeitung und Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE. SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Sophienblatt 19,
Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: Zeitung@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Daniel Dockerill, Ralf Iden, Karl-Helmut Lechner, .

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: edda.lechner@wtnet.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.